

Sächsische Dorfzeitung

Anzeiger für Stadt und Land

mit der Beilage: „Illustriertes Sonntags-Blatt“

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt, für das Kgl. Amtsgericht Dresden, die Kgl. Forstrentämter Dresden, Moritzburg, Tharandt und die Gemeinde Oberlöbnitz

Anzeigen - Preise:

Die einseitige Zeile 15 Pfg., unter „Eingelohnt“ 20 Pfg., Anzeigen - Annahme erfolgt bis mittags 12 Uhr. — Annahmestellen: Haderer Geschäftsstelle, Kleine Meißner Gasse Nr. 4, Invalidentempel, Hauptstr. & Doyler, Haderer, Haderer, Haderer & Co. in Leipzig, Hauptstr. a. H. ; H. Kohl in Krefeld; Hugo Müller in Köthen; Otto Dietrich in Reichenbach; Hugo Dyck in Leisnig-Neudorf; Emil Hölzer in Sebnitz; Rud. Grimm in Dresden-Neustadt; Friedrich Kasper in Coschütz; Reich. Wöhrle in Moritzburg; Otto Kunath in Cotta; Max Seerich in Leipzig.

Telephon: Dresden, Amt II. Nr. 575.

Bezugsbedingungen:

Die „Dorfzeitung“ erscheint jeden Wochentag nachmittags 5 Uhr mit dem Datum des folgenden Tages. Die Bezugsgebühr beträgt 1.80 Mark vierteljährlich oder 60 Pfg. für jeden Monat. Die „Dorfzeitung“ ist zu beziehen durch die hiesigen Postämter, die Kantabestellenden und durch andere Stellen. Bei freier Lieferung ins Haus erhebt die Post noch die Zustellungsgebühr von 45 Pfg.

Telegramm-Adr.: Dorfzeitung Dresden.

Nr. 23.

Dresden, Sonnabend, den 28. Januar 1905.

67. Jahrgang.

Bestellungen

für die Monate Februar und März auf die Sächsische Dorfzeitung

nehmen außer den Postanstalten und Landbriefträgern auch die Aussträger sowie die Hauptgeschäftsstelle und die Ausgabestellen entgegen.

Die „Sächsische Dorfzeitung“ kostet monatlich ausschließlich der Zustellungsgebühr

nur 60 Pfg.

Das Neueste.

Der Kaiser vollendet heute sein 46. Lebensjahr.

Die preussische Staatsregierung beabsichtigt den Erlass eines Vergesetzes, das den Ansprüchen der Bergarbeiter entgegenkommt.

Der Bundesrat wird heute mit der Beratung der neuen Handelsverträge beginnen.

Zu der Budgetkommission des Reichstages erklärte gestern Staatssekretär Proette, für die Unterbeamten siehe eine ansehnliche Zulage an Wohnungsgeldern in nächster Zeit in Aussicht.

Der Landtag von Lippe ist noch Annahme der Vorlage wegen Fortführung der Regentschaft durch den Grafen Leopold verweigert worden.

Der Zar soll nach einer Besprechung mit dem Herzog von Leuchtenberg mehrere Verhaftungen aufgehoben haben; der Priester Gapon liegt schwer verwundet im Maslows-Hospital und wird vor ein Kriegsgericht gestellt.

In Riga kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Truppen und Arbeitern, in dessen Verlauf 30 Personen getötet bzw. verwundet wurden.

Das spanische Ministerium Azarraga hat demissioniert; Villaverde wurde mit der Kabinettsbildung betraut.

Die sächsische Landwirtschaft im Jahre 1904.

(Nachdruck verboten.)

Das abgelaufene Jahr war für die Landwirtschaft unseres engeren Vaterlandes nur wenig erfreulich. Die Herbstsaaten waren zwar gut durch den Winter gekommen, und machten im Verhältnis zu den vorhergegangenen Jahren nur wenig Umpflügungen erforderlich. Dafür zeigte aber der Klee, der namentlich durch Mäuse gelitten hatte, einen um so schlechteren Stand und mußte vielfach umgepflügt werden.

Die Frühjahrspflanzung ging noch gut von statten; aber bereits im April und Mai wurden vereinzelt Klagen über das Fehlen jeglicher Niederschläge laut. Mit Ausnahme weniger Bezirke im Vogtlande und des oberen Erzgebirges trat dann für das ganze Land eine anhaltende Trockenheit mit teilweise sehr großer Hitze ein, welche auf die weitere Entwicklung sämtlicher Kulturpflanzen höchst nachteilig einwirkte. Kleefelder und Wiesen lieferten bereits in ihrem ersten Schnitt einen gegen die früheren Jahre um die Hälfte zurückbleibenden Ertrag. Das Getreide, namentlich die Sommerung mußte vielfach notreif gemäht werden; vor allem aber war der Stand der Hochfrüchte insbesondere der Kartoffeln ein durchaus unbefriedigender.

Im weiteren Verlaufe des Sommers brannten die Kleefelder nahezu vollständig aus, so daß ein zweiter Schnitt nicht erzielt werden konnte, während in den Wiesen der Grasansatz für den zweiten Schnitt ebenfalls mangelhaft war. Nur die feuchten Talwiesen brachten einen fürlichen Grummetertrag. Die Bestellungsarbeiten zur Herbstsaat wurden durch die Trockenheit ungemein erschwert; vielfach war ein Pflügen vollständig unmöglich. Die erwarteten Niederschläge traten im Oktober ein, jedoch zu spät, um die Schäden, welche durch die Trockenheit entstanden waren, auszugleichen. So steht das abgelaufene Jahr im Zeichen der Futternot, die, wenn sie auch nicht so allgemein über das ganze Land

verbreitet war, wie diejenige im Jahre 1893, in den betroffenen Landesteilen aber kaum minder verhängnisvoll geworden ist, als jene, zumal auch die Aussichten für das laufende Jahr ungünstig sind, weil der eingetretene Stoppellee vielfach schlecht ausgefallen ist, für dieses Jahr nur einen geringen Ertrag verspricht, und die geernteten Heuvorräte bereits im Sommer zur Verfütterung angegriffen werden mußten.

Ähnlich wie in einem großen Teile Sachsens sind die Verhältnisse in Preußen, namentlich den östlichen Provinzen gewesen, so daß die preussische Regierung für diese Bezirke einen Notstandstarif für Futtermittel einführt, der auch auf den Versand nach Sachsen ausgedehnt und dann auf den Sächsischen Staatsbahnen ebenfalls eingeführt wurde.

Die Getreideernte ließ infolge der außerordentlichen Trockenheit ebenfalls viel zu wünschen übrig. Relativ am besten war noch der Roggen, der, wenn auch nur kurz im Stroh, jedoch eine gute Körnerbildung zeigte. Weizen war in jeder Beziehung mangelhaft. Sommergetreide lieferte nur leichtes Korn und wenig Stroh. Durchweg im ganzen Lande ungünstig ist die Kartoffelernte gewesen, die meist nur 40—50 Prozent einer Mittelernte ergab. Die Knollen sind vielfach angefressen und unreif geblieben, so daß ernste Besorgungen hinsichtlich der Haltbarkeit bestehen.

Die geringe Kartoffelernte hat in landwirtschaftlichen Kreisen den Wunsch aufkommen lassen, zur Erfüllung des Kontingents Mais bauen zu dürfen. Aus Zweckmäßigkeitsgründen und der Konsequenzen wegen, welche hiermit für die betreffenden Spiritusbrennereien verbunden sind, ist dem Verlangen nicht stattgegeben worden.

Die Preise für landwirtschaftliche Produkte waren im abgelaufenen Jahre nur geringen Schwankungen unterworfen. Unter dem Einfluß der schlechten Ernteaussichten zogen die Getreidepreise im Herbst wohl etwas an, jedoch nicht in dem Maße, um für den Ernteausfall einen Ausgleich bieten zu können.

Die Viehpreise zeigten gegen Schluß des Jahres eine sinkende Tendenz, hauptsächlich infolge der durch den Futtermangel verursachten teilweise erfolgten Verminderung der Viehbestände. Die Kartoffelpreise schwebten während und kurz nach der Ernte sehr bedeutend in die Höhe, um alsbald wieder zu fallen, und ein den Verhältnissen entsprechendes, gegen die früheren Jahre wohl höheres, jedoch nicht übermäßig erhöhtes Niveau zu behaupten.

Wirtschaftspolitisch stand das abgelaufene Jahr unter dem Zeichen der mit mehreren Staaten vereinbarten Handelsverträge. Zwischen den Regierungen von Italien, Belgien, Rußland, Rumänien, der Schweiz und Serbien einerseits, der Deutschen Reichsregierung andererseits sind Handelsverträge abgeschlossen worden, die deutscherseits noch der Beratung und Gutheißung im Reichstage bedürfen. Wenn das Interesse der sächsischen Landwirtschaft an günstigen Handelsbeziehungen mit den vorstehend aufgeführten Staaten nur ein allgemeines ist, so ist Sachsen besonders an dem Ausfall der mit Oesterreich-Ungarn gepflogenen, im Berichtsjahre noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen interessiert, weil bei weitem der wichtigste Teil derselben das Maß der Zugeständnisse ist, welcher dem Nachbarreiche bez. des Grenzschubes gegen die Viehausfuhr gewährt werden wird, der für Sachsen insofern eine erhöhte Bedeutung hat, weil gerade hierher die Einfuhr von österreichisch-ungarischem Vieh eine ziemlich bedeutende und damit die Gefahr der Seucheneinschleppung erhöht ist.

Viehseuchen von größerem Umfange sind im Jahre 1904 nicht zu verzeichnen gewesen; jedoch trat die Maul- und Klauenseuche in 5 Amtshauptmannschaften auf, ohne indes eine größere Ausbreitung zu gewinnen. Wesentliche Veränderungen haben auch in den landwirtschaftlichen Arbeiterverhältnissen nicht stattgefunden. Der Mangel an geeigneten Arbeitskräften hat keine Besserung erfahren; wenn auch vereinzelt Industriezweige, die zurzeit ihren Betrieb einstellen oder einschränken mußten, hierdurch Arbeitskräfte an das Land abgeben konnten, so vermochte dieses Angebot aber nicht dem Arbeitermangel auch nur einigermaßen abzuhelfen, zumal es sich dabei in der Hauptsache um Arbeitskräfte handelte, die zur landwirtschaftlichen Arbeit wenig oder gar nicht geeignet sind.

Wichtige Gesetze und Verordnungen sind im abgelaufenen Jahre nicht ergangen, etwa abgesehen von der für den 1. Dezember 1904 angeordneten Viehzählung für das Königreich Sachsen, und der Verordnung vom 1. Februar, Maßregeln gegen die Geflügelcholera und Hühnerpest betreffend, welche namentlich die Anzeigepflicht im Sinne von § 10 des Gesetzes, die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen betreffend, vom 23. Juni 1880 und 1. Mai 1894 anordnete und damit einen bisher in den Kreisen der Geflügelzüchter beflagten Mangel beseitigt hat.

Das abgelaufene Jahr hat somit wesentliche Änderungen innerhalb der sächsischen Landwirtschaft nicht hervorgerufen, und wird nur durch die Futternot gegenüber den früheren Jahren deutlicher in der Erinnerung haften.

Politische Weltschau.

Deutsches Reich. Der Kaiser unternahm gestern früh einen Spaziergang im Tiergarten und besuchte später den Reichskanzler mit einem Besuche.

Wegen der schweren Erkrankung des Prinzen Eitel Friedrich fallen die aus Anlaß des heutigen Geburtstages des Kaisers vorbereiteten großen Galafestlichkeiten und die Galaoper aus. Die erwarteten fremden Gäste des Kaisers, den Fürsten Ferdinand von Bulgarien und den Prinzen von Asturien hat die telegraphische Absage noch unterwegs erreicht, so daß sie ihre Weiterreise noch vor dem Betreten des deutschen Bodens aufgeben konnten. Auf Befehl des Kaisers wird dagegen heute der Gottesdienst in der Schloßkapelle und die darauf folgende Cour im Weißen Saal ganz nach den bisher erlassenen Bestimmungen stattfinden. — Das Befinden des Prinzen, an dessen Krankenlager gestern die Kaiserin weilte, ist verhältnismäßig befriedigend.

Die Unterzeichnung des deutsch-österreichisch-ungarischen Handels-Vertrages ist gestern abend 9 Uhr in der Amtswohnung des Staatssekretärs des Aeußern vollzogen worden. Nach der Unterzeichnung blieben alle bei den Verhandlungen tätigen gemeneinen deutschen und österreichisch-ungarischen Herren in geselligem Beisammensein bis nach Mitternacht beim Freiherrn von Nitzthofen vereint. Anwesend waren außer dem Botschafter sämtliche Herren der Botschaft, sowie der österreichisch-ungarische Generalkonful Freiherr von Ferstel, Graf Polabowsky, Staatsminister Wölfler sowie die Gesandten von Bayern, Sachsen und Württemberg.

Die preussische Staatsregierung beabsichtigt, dem Landtage demnächst ein Vergesetz mit abgeändertem Gesetzentwurf vorzulegen. Die Abänderungen betreffen voraussichtlich: 1. Gesetzliche Regelung der Arbeitszeit einschließlich der Seilfahrt, 2. Regelung des Ueber- und Nebenschichtwesens, 3. obligatorische Einführung von Arbeiterausschüssen, 4. Verbot des Kullens, 5. Abgrenzung der Höhe der Strafen für bestimmte Zeiträume.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, zum Etat des Reichskanzlers nachstehende Resolution einzubringen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage in Wälde den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch welches eine wirksame politische und budgetrechtliche Verantwortung des Reichskanzlers festgestellt wird.

Der Generalstreik im Ruhrrevier ist am gestrigen Donnerstag nachmittags Gegenstand einer Beratung des preussischen Staatsministeriums gewesen, worin Maßregeln zur Beilegung des Streiks besprochen wurden. In welcher Richtung sich diese bewegen werden, läßt sich ungefähr aus einer sichtlich inspirierten Meldung des „L. A.“ ersehen. Danach hat es zwischen dem Grafen Bülow und Herrn Müller in der Frage des Bergarbeiter-Ausstandes keinen Augenblick ein Mißverständnis gegeben. Nachdem die Zeichenbesitzer die Delegierten der Regierung abgelehnt haben, wird der Handelsminister mit Hilfe seiner Kommissare selbständig vorgehen. Die Herren sind beauftragt, Material für etwaige gesetzgeberische Maßregeln zu sammeln. Ob sich dieses Material zu einer gesetzgeberischen Vorlage verdichten und wann dies geschehen wird, läßt sich heute noch gar nicht sagen. Der Minister hält eine Reihe der von den Bergarbeitern geltend gemachten Forde-